

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

26. Jahrgang

Berlin, den 20. November 1959

Nummer 47

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die internationale und die westdeutsche Konjunktur Mitte November 1959

Die internationale Situation

Das weltwirtschaftliche Geschehen steht weiterhin im Zeichen der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung in den führenden Ländern der westlichen Welt. Trotz dieses erfreulichen Grundcharakters ist das Weltwirtschaftsbild nicht frei von Trübungen. So hat die allgemeine Konjunkturbelebung immer noch nicht zu einer fühlbaren Entlastung der angespannten amerikanischen Außenwirtschaftssituation geführt und sich auch nur mit Verzögerung auf die Lage der Rohstoffländer ausgewirkt.

Die amerikanische Leistungsbilanz hat sich in den ersten neun Monaten dieses Jahres gegenüber dem letzten Jahr sogar noch verschlechtert. So lag die Einfuhr der Vereinigten Staaten von Amerika in den ersten drei Quartalen um knapp 20 vH über dem entsprechenden Vorjahrsniveau, während die amerikanische Ausfuhr im gleichen Zeitraum noch geringfügig hinter dem Vorjahrsstand zurückblieb. Zwar ist diese Außenhandelsentwicklung in erster Linie auf die vom Konjunktugeschehen weitgehend unabhängige starke Importsteigerung zurückzuführen — u. a. auf den erhöhten Einfuhrbedarf als Folge des Stahlarbeiterstreiks und auf die verstärkte Einfuhr westeuropäischer Automobile —, jedoch ist die Außenwirtschaftslage der USA dadurch zusätzlich erschwert worden, daß sich die allgemeine weltwirtschaftliche Konjunkturbelebung noch kaum in einer Steigerung der amerikanischen Ausfuhr niedergeschlagen hat. Erst in jüngster Zeit zeichnet sich auch hier eine leicht steigende Tendenz ab. Eine gewisse Entlastung der Leistungsbilanz ist daher wahrscheinlich, doch darf ein grundsätzlicher Wandel der amerikanischen Außenhandels-situation zunächst nicht erwartet werden.

Unter diesen Umständen hängt die Gestaltung der amerikanischen Zahlungsbilanz entscheidend davon ab, ob die nichtamerikanischen, insbesondere die westeuropäischen Länder auch weiterhin

bereit sein werden, die als Folge des Defizits in der amerikanischen Leistungs- und Kapitalbilanz anfallenden Dollarbeträge zum größeren Teil als Guthaben in den USA stehen zu lassen. In den ersten drei Quartalen dieses Jahres hatte sich, obwohl das Defizit in der amerikanischen Leistungs- und Kapitalbilanz erheblich anstieg, der Goldabfluß aus den USA beträchtlich verringert, da die Geldverteuerung in den USA einen Anreiz für eine verstärkte Dollarguthabenhaltung bildete. Nach der Diskonterhöhung in Westdeutschland weichen die Geldmarksätze in den konjunkturell führenden Ländern kaum noch voneinander ab, und vom Zinsgefälle gehen daher keine Anregungen zu Geldexporten nach den USA mehr aus. Es ist deshalb zweifelhaft, ob sich die übrige Welt auch weiterhin zu einer vermehrten Haltung von Dollarguthaben bereithalten wird.

Der konjunkturelle Aufschwung in den Industrieländern hat zu einer gewissen Zunahme der Ausfuhrerlöse der Rohstoffländer geführt, war jedoch bisher nicht mit einer ins Gewicht fallenden Verbesserung ihrer „terms of trade“ verbunden. So haben sich viele Rohstoffländer auch in diesem Jahr noch große Beschränkungen in ihrer Einfuhrgestaltung auferlegen müssen. Aber nicht nur die bisherige Ausfuhrentwicklung, sondern auch die schon zu verzeichnende und noch mehr die drohende weitere Verminderung der Kapitalhilfe aus den USA, die vorläufig noch nicht genügend durch die Verstärkung der Entwicklungshilfe aus Westeuropa kompensiert wird, zwingt die Rohstoffländer, Zurückhaltung bei der Durchführung expansiver Wirtschaftsprogramme zu üben.

In den westeuropäischen Industrieländern setzt sich der Konjunkturaufschwung fort. In Großbritannien, in dem die Expansion bisher überwiegend vom privaten Verbrauch getragen wurde, sind jetzt auch Anzeichen dafür erkennbar, daß die Konsumgüterkonjunktur auf die private Anlageinvestitionstätigkeit zurückzuwirken beginnt.

In den Vereinigten Staaten von Amerika sind nach der Aussetzung des Stahlarbeiterstreiks für die Dauer von 80 Tagen zunächst wieder die Voraussetzungen für eine Produktionszunahme gegeben. Noch besteht aber keine Gewißheit, ob während der Aussetzung des Streiks eine gütliche Verständigung zwischen den Sozialpartnern erzielt werden wird. Eine am Tage der Arbeitsaufnahme veröffentlichte Untersuchung über die Ursachen der Stahlpreiserhöhungen unterstreicht die Verantwortung beider Sozialpartner für die überdurchschnittlichen Stahlpreissteigerungen der Nachkriegszeit. Da nicht nur die Stahlarbeitergewerkschaft, sondern auch die Stahlwerke als Produzenten sich einer starken Stellung erfreuen, sei die Überwälzung steigender Kosten auf dem Hintergrund einer Nachfrage möglich, die zwar außergewöhnliche Preissteigerungen nicht auslöse, jedoch zulasse. Dazu komme ein Bestreben der Unternehmer, ihre Investitionen aus eigenwirtschafteten Mitteln — mit Hilfe überdurchschnittlich hoher Gewinnspannen, ohne Inanspruchnahme des Kapitalmarktes — zu finanzieren. Die Untersuchung legt unmißverständlich klar, daß bei einem solchen Verhalten der Sozialpartner Preisstabilität kaum mit kreditpolitischen Maßnahmen und nur zu Lasten des realen Wirtschaftswachstums zu verwirklichen ist.

Der Produktionsausfall in der Stahlindustrie und in den durch den Streik in Mitleidenschaft gezogenen Wirtschaftsbereichen ließ das Brutto-sozialprodukt im dritten Quartal nominal um knapp, real um reichlich 1 vH unter das im zweiten Vierteljahr erreichte Niveau sinken. Die erzwungene Untätigkeit hat sich gesamtwirtschaftlich vor allem deswegen nur so wenig bemerkbar gemacht, weil die privaten Haushalte in diesen Monaten bei einem insgesamt unveränderten verfügbaren Einkommen einen steigenden Prozentsatz für ihren Verbrauch ausgegeben, also ihre Sparneigung vermindert haben. Die Auffüllung der während des Streiks reduzierten Läger und die erhöhte Investitionsbereitschaft der Wirtschaft für Anlagezwecke garantieren für die nächsten Monate ein weiteres Sozialproduktwachstum, das nur durch eine Wiederaufnahme des Stahlstreiks beeinträchtigt werden könnte. Ob aber dieses Wachstum ausreichen wird, die volle Auslastung des Produktionspotentials zu gewährleisten, erscheint fraglich.

Westdeutschland

Infolge des Zusammentreffens des saisonüblichen (Herbst-)Auftriebs mit einer starken Konjunktur hat sich bedauerlicherweise die Konzeption von der drohenden, boomartigen Übersteigerung der westdeutschen Wirtschaftsentwicklung durchgesetzt. Die aus dieser Konzeption geborene Nervosität und Sorge um die für die allgemeine Preisentwicklung gefährlichen Auswirkungen eines Nachfragebooms hatten in der Berichtszeit die monetären Führungsinstanzen veranlaßt, durch eine drastische Heraufsetzung des Diskontsatzes

in Verbindung mit weiteren nicht minder fühlbaren restriktiven Maßnahmen von der nachgiebigen in die harte, d. h. restriktive Linie der Geld- und Kreditpolitik einzuschwenken.

Die Periode des für die westdeutschen Nachkriegsverhältnisse einmalig niedrigen Zinses, in dessen Genuß die westdeutsche Wirtschaft im Verlauf des vergangenen und der ersten Monate dieses Jahres gelangt war, hat damit vorerst ihr Ende gefunden; und es scheint, daß auch im westdeutschen Fall wieder einmal die mystische These von dem unvereinbaren Gegensatz zwischen Hochkonjunktur und niedrigem Zins eine leider nur allzu rasche Bestätigung gefunden hat. Das Leider und das Allzurassch zu betonen, ist deshalb notwendig, weil mit der restriktiven Zinspolitik ja ein anderer — und diesmal keineswegs mystischer — Gegensatz, nämlich die zwischen hohem Zins, d. h. harter Geldpolitik und ständigen außenwirtschaftlichen Überschüssen bestehende Antinomie wieder aufflammt und damit jenes Problem wieder akut werden könnte, zu dessen Lösung gerade die auf Zinssenkung bedachte Geldpolitik des vergangenen Jahres einen ersten verheißungsvollen Beitrag geleistet hatte.

Anders als die ebenfalls drastische Diskonterhöhung vom 19. Mai 1956, die von der Wirtschaft damals mit sehr betontem Unwillen aufgenommen worden war, hat die diesmalige Diskontverteuerung zwar vielleicht in ihrem Ausmaß überrascht, aber, da sie an sich erwartet wurde, kaum ernsthafte Kritik gefunden; lediglich von ausländischer Seite wurde auf die bereits oben angedeutete Problematik kritisch hingewiesen.

Sieht man zunächst einmal von dem reichhaltigen Katalog von Gründen ab, den die Bundesbank zur Motivierung der Diskonterhöhung gegeben hat, so wäre vorerst festzustellen, daß die Angebots-Nachfragekonstellation auf den westdeutschen Kreditmärkten sich bereits geraume Zeit vor der Betätigung der Diskontbremse grundlegend gewandelt hatte. Der Anlagezwang, der im vergangenen Jahr aus den den Kreditinstituten zufließenden Nettodeviseneingängen und deren Umwandlung in Zentralbankgeld ein wesentlicher Faktor für den sinkenden Zinstrend gerade auch auf den Märkten der festverzinslichen langfristigen Schuldtitel gewesen war — denn dieser Anlagezwang trieb die Kreditinstitute ja unter anderem gerade als Nachfrager auf die Wertpapiermärkte —, hatte sich im Verlauf dieses Jahres zunehmend verringert. Im Verlauf der zweiten Jahreshälfte hatte er nicht nur ganz aufgehört, sondern war ins Gegenteil umgeschlagen, als die Kreditinstitute jetzt nicht mehr mit dem Problem eines tendenziell stärker als die Kreditnachfrage wachsenden Einlagestroms, sondern umgekehrt in wachsendem Maße mit dem Problem eines beträchtlich hinter der ungewöhnlich starken Kreditexpansion zurückbleibenden Mittelzuflusses fertig zu werden hatten. Zwar war die Finanzierung dieses Kreditüberschußsaldos für die Kreditinstitute kein Liquiditätsproblem, da die Einschränkung der Geldexporte, die Mittel-

beschaffung über den Verkauf von Mobilisierungstiteln an die Bundesbank sowie die Inanspruchnahme der eigenen Zentralbankguthaben zunächst zur Schließung dieser Lücke vollauf genügen. Im Verlauf des dritten Quartals dieses Jahres wurde jedoch auch die Refinanzierungshilfe des Zentralbanksystems verstärkt in Anspruch genommen, wobei allerdings wiederum keineswegs fühlbare Liquiditätsanspannungen, sondern das Motiv der Voreindeckung mit vorerst noch billigen Zentralbankmitteln vor der erwarteten Diskonterhöhung die entscheidende Rolle spielten.

Trotz der durch die Voreindeckung mit billigem Zentralbankkredit mehr vorgetäuscht als echten Liquiditätsfülle der Banken konnte im Verlauf des dritten Quartals kaum noch ein Zweifel darüber bestehen, daß die schon seit längerem auf Kreditverteuerung, also steigenden Zinstrend, gerichteten Erwartungen durch die objektiven Marktdaten und deren Versteifungstendenzen vollauf bestätigt worden waren. Unter diesem Gesichtspunkt, d. h. unter dem Aspekt, daß die Wirtschaft nunmehr das Zinsniveau bekommen hatte, das sie sich gewissermaßen selbst geschaffen hatte, wäre mit anderen Worten auch die jüngste Diskonterhöhung nur eine Bestätigung dessen, was bereits existent war oder doch früher oder später kommen mußte. Leider enthält eine derartige Interpretation jedoch nur die halbe Wahrheit. Die Zentralbankpolitik wollte mit ihren jüngsten Maßnahmen selbstverständlich etwas grundlegend anderes als im Rahmen der Konstatierung nur das bestätigen oder sanktionieren, was gar nicht mehr bestätigt zu werden brauchte, denn sie wollte den nach ihrer und der Auffassung weiter Kreise zu expansiv gewordenen Wirtschaftsablauf restriktiv beeinflussen.

Da das aktuelle wirtschaftliche Geschehen durch diese Diskontverteuerung ad hoc und kurzfristig nicht mehr beeinflußt werden konnte, bestehen berechtigte Zweifel, ob von der monetären Seite her überhaupt eine Abkühlung jener partiellen Überhitzungserscheinungen, wie vor allem bei der Auftragsentwicklung des industriellen Bereichs, zu erreichen sein wird. Auch den verstärkten Lageraufstockungen ist gerade dort, wo sie unerwünscht spekulativ sind, durch Kreditverteuerung am wenigsten beizukommen. Ebenso

wenig können etwa die Anspannungen des Arbeitsmarktes durch monetäre Restriktionen behoben werden. Das gleiche gilt selbstverständlich für die Expansion der Ausfuhr, die, wenn man die Entwicklung der Auftragsentwicklung aus dem Ausland während der vergangenen Monate zugrundelegt, auch in der nächsten Zukunft ein nicht unwesentlicher Faktor der konjunkturellen Beschleunigung bleiben wird.

Die zum Teil geradezu hektische Nervosität, die diese und andere gewiß nicht leicht zu nehmenden partiellen Überhitzungssymptome in Verbindung mit partiellen Preiserhöhungen, insbesondere auf dem Ernährungssektor, erzeugt haben, findet in der westdeutschen Gesamtentwicklung keine Begründung. Diese Entwicklung ist durchaus gesund, könnte aber durch das zwar wohlgemeinte, in Wahrheit jedoch nur schädigende Gerede von der drohenden Inflation, von der ständigen Geldentwertung und dergleichen krank gemacht werden.

Weder die Einkommensentwicklung und erst recht nicht die Verausgabung der verfügbaren Einkommen durch die Verbraucher geben zu begründeten inflatorischen Besorgnissen Anlaß. Bei den für das kommende Jahr erwarteten verstärkten Lohn- und Gehaltsaufbesserungen sowie den autonomen Einkommenserhöhungen durch Rentenanpassungen usw. liegen die auf die westdeutsche Wirtschaft zukommenden Probleme keineswegs nur in einer dadurch — vermeintlich zwangsläufig — induzierten Lohn-Preis-Spirale. Sie liegen mindestens ebenso sehr in der Frage, ob dieses Nachziehen der Einkommen der Nichtselbständigen überhaupt rechtzeitig und ausreichend erfolgt, um die durch die Investitionswelle dieses Jahres erneut und verstärkt geschaffenen Angebotsmöglichkeiten, vor allem gerade des industriellen Verbrauchsgüterbereichs, auch auszulasten. Für die wachstums- und preispolitisch befriedigende Lösung dieses Problems kommt es — neben dem entsprechenden tarifpolitischen Einigungswillen — in erster Linie auf ein diesen Notwendigkeiten Rechnung tragendes Preisverhalten der Unternehmungen und, soweit es sich um öffentlich „geordnete“ Preise handelt, wie auf dem Agrarsektor, auch der verantwortlichen staatlichen Stellen an.

Zur Entwicklung der Spareinlagen in Mitteldeutschland seit 1955

Zu den wenigen amtlichen Zahlen, die über die Entwicklung des Geld- und Kreditwesens in Mitteldeutschland veröffentlicht werden, gehören neben den zehntägigen Ausweisen über den Bargeldumlauf einige Tabellen in den Statistischen Jahrbüchern mit den Spareinlagenbeständen bei den verschiedenen Kreditinstituten und den monatlichen Ein- und Auszahlungen.

Seit Ende 1955 haben sich danach die Spareinlagenbestände bei allen Instituten mehr als verdoppelt, doch sind die Zuwachsraten von Jahr zu Jahr sehr unterschiedlich gewesen. Der Zuwachs in den einzelnen Jahren ist auch mit den einen Teil der Staatshaushaltspläne bildenden „langfristigen Kreditplänen“ nicht parallel gelaufen, deren hauptsächliche Finanzquelle außer ver-

Entwicklung der Spareinlagen in Mitteldeutschland
von 1955 bis 1958

	1955	1956	1957	1958
in Mill. DM-Ost				
Spareinlagenbestand zum Jahresanfang	3 701	4 927	6 062	8 970
Gutschriften		4 222	6 808	7 644
Lastschriften		3 066	3 898	5 369
Gutschriftenüberschuß	1 226	1 156	2 910	2 275
Spareinlagenbestand am Jahresende (einschl. Zinsgutschriften)*	4 927	6 062	8 970	11 244
davon bei:				
Sparkassen	3 688	4 523	6 713	8 385
Sonderguthaben u. Nationales Aufbauprogramm	190	30	100	140
Banken für Handwerk und Gewerbe	365	471	672	810
Deutsche Bauernbank u. bäuerl. Handelsgenossenschaften	707	846	1 234	1 567
Post- u. Reichsbahnsparbanken	164	219	347	479
Übrigen Kreditinstituten	3	3	4	3
In der Hauptsache aus Spareinlagenzugängen z. finanzierender „langfristiger Kreditplan“	1 350	1 770	1 846	2 190
in DM-Ost bzw. DM-West				
Spareinlagenbestand am Jahresende je Kopf der Bevölkerung				
Mitteldeutschland	276	344	515	649
Westdeutschland u. West-Berlin	413	463	553	683
*) Abweichungen gegenüber Umsatzzahlen infolge Umbuchungen.				
Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR 1958 und Staatshaushaltspläne sowie Monatsberichte der Deutschen Bundesbank.				

hältnismäßig geringen Beträgen aus Kreditrückflüssen und aus dem Verkauf von Hypothekendarlehen eben das Aufkommen an Spareinlagen sein sollte. Das bedeutet u. a., daß die Entwicklung der Spareinlagen anders gelaufen ist, als es sich die mitteldeutschen Wirtschaftsplaner vorgestellt hatten, die auch deren Aufkommen mit Anteilsätzen zur Einkommenshöhe der verschiedenen Berufsgruppen im voraus in ihre Pläne einzu beziehen versuchten.

Während langfristiger Kreditplan und Aufkommen an Spareinlagen im Jahre 1955, dessen Proportionen zunächst für die Planung im zweiten Fünfjahrplan maßgebend gewesen sind, ähnlich hohe Endbeträge auswies, blieb das Aufkommen im Jahre 1956 um mehr als 1/2 Milliarde DM hinter den für den langfristigen Kreditplan vorgesehenen Summen zurück. Die Entwicklung im Jahre 1957 entsprach, wie die monatlichen Einzahlungsüberschüsse zeigen, bis zum Monat September annähernd den im langfristigen Kreditplan festgelegten Beträgen, so daß für das ganze Jahr 1957 ein Spareinlagenaufkommen von 1,8 Mrd. DM hätte erwartet werden können.

Das Zurückbleiben im Jahre 1956 hat jedoch das gesamte staatliche Finanzierungsprogramm ohne Zweifel ernsthaft gestört, und die Erkenntnis, daß die Finanzierungslücke — zurückgestellte oder zunächst anderweitig vorfinanzierte Investitionsausgaben — aus dem Vorjahr nicht durch ein möglicherweise noch höher erwartetes Aufkommen im laufenden Jahre zu schließen war, dürfte einer der Gründe dafür gewesen sein, daß

die mitteldeutsche Finanzverwaltung im Oktober 1957 die bekannte rigorose Geldumtauschaktion durchgeführt hat. Nach den Bankausweisen hat sich der Notenumlauf von Ende September bis Ende Dezember um 2,15 Mrd. DM vermindert. Unter Einrechnung eines bei den dortigen Verhältnissen saisonal zu erwartenden Umlaufrückganges von 0,35 Mrd. DM wurden durch die Abschöpfungsaktion also etwa 1,8 Mrd. DM des bisherigen Notenumlaufs stillgelegt. Von diesem Betrage haben sich, wie die Spareinlagenentwicklung zeigt, etwa 1,1 Mrd. DM als zusätzlicher Zugang von Spareinlagen niedergeschlagen; die restlichen etwa 0,7 Mrd. DM wurden zum Teil überhaupt nicht vorgelegt oder sind nach der Einzahlung als spekulativer Erwerb enteignet worden, zum größten Teil jedoch wohl als Guthaben auf laufenden Bankkonten Giralgeld geworden.

Bemerkenswert erscheint, daß auf die zunächst vorläufige Geldstilllegung später keine ungewöhnlich hohen Abhebungen erfolgt sind. Jedenfalls haben die monatlichen Auszahlungen aus Sparkonten im Jahre 1958 am Gesamtbestand der Spareinlagen gemessen keine ungewöhnliche Höhe gehabt. Die Einzahlungen haben sich sogar gegenüber allen Vorjahrsmonaten beträchtlich erhöht, und der Gesamtzugang im Jahre 1958 hat die nach dem langfristigen Kreditplan veranschlagten Summen noch überstiegen. Im übrigen hat sich der Bargeldumlauf zwar um etwa 400 Mill. DM erhöht, liegt damit aber etwa im Rahmen der Steigerung der Lohn- und Gehaltseinkommen und der Einzelhandelsumsätze, so daß wohl auch kein wesentlicher Teil der auf laufende Bankguthaben übergegangenen Beträge wieder in Bargeld zurückverwandelt worden ist. Die ursprünglichen Vermutungen, daß es sich bei dem zu hohen Bargeldumlauf vorwiegend um „heißen“, an grauen Märkten umlaufendes Geld gehandelt habe, werden daher kaum zutreffend gewesen sein, und tatsächlich scheint die Überhöhung des Bargeldumlaufs größtenteils aus spargeldähnlichen Hortungen in Form von Bargeldhorten bestanden zu haben.

Auch wenn man von den Sonderumständen im Jahre 1957 absieht, ist die mitteldeutsche Spareinlagenentwicklung mit der gleichzeitigen Entwicklung in Westdeutschland nur bedingt zu vergleichen. Einmal hat der private Einleger in Mitteldeutschland für die Bildung von Geldkapital außer der Anlage in Spareinlagen bei Kreditinstituten und Kauf von Hypothekendarlehen kaum weitere Anlagemöglichkeiten. Der Kreis der Sparkonteninhaber ist dort daher weiter gezogen als in der Bundesrepublik, was einen echten Vergleich der Einlagenbestände je Kopf der Bevölkerung beeinträchtigt. Ferner drückt sich in der stärkeren Zunahme der Spareinlagen in Mitteldeutschland neben dem Fehlen sonstiger Anlagemöglichkeiten für Geldkapital auch das wesentlich geringere Angebot an langlebigen Konsumgütern aus.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 5 und Bonn, Burgstr. 160
Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg, *Abteilungsleiterkollegium*: Dr. Gerhard Abeken, Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krengel, Dr. Hans Liebe, Dr. Herbert Martell, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.
Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2.
Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65, Friedrich-Krause-Ufer 21. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany.
Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—.



Gegenstand	Einheit ^{†)}	1958					1959									
		Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
Ver. Staaten von Amerika																
Bruttozialprodukt	Mrd. \$	22)	444,0	.	.	457,1	.	.	470,2	.	.	484,5	.	.	481,0	
Privater Verbrauch	"	22)	294,4	.	.	299,1	.	.	303,9	.	.	311,2	.	.	313,5	
Bruttoinvestition, privat einschl. Aufgabenbeitrag	"	22)	55,8	.	.	61,5	.	.	68,9	.	.	75,7	.	.	68,5	
Öffentlicher Bedarf	"	22)	93,8	.	.	96,5	.	.	97,4	.	.	97,7	.	.	99,0	
Beschäftigte, gesamt ¹⁾	1000	E	65367	64629	65306	64659	63973	62706	62722	63828	65012	66016	67342	67594	67241	66347
ohne Landwirtschaft	"	"	58746	58438	58902	58958	59102	58013	58030	58625	59163	59608	60111	60769	60884	60105
Arbeitslose	"	"	4699	4111	3805	3833	4108	4724	4749	4362	3627	3389	3982	3744	3426	3230
Produktion, gesamt ²⁾	1947/49 = 100	D	136	137	138	141	142	143	145	147	150	153	155	153	149	148
Verarb. Industrie	"	"	138	139	140	143	144	145	148	150	153	156	157	158	153	152
Bergbau	"	"	120	123	122	123	124	124	124	123	124	126	125	118	117	116
Lagerhaltung der verarb. Ind. ³⁾	Mill. \$	E	49425	49296	49337	49297	49179	49489	49921	50454	51052	51599	52138	52241	52049	51800
Außenhandel, Generaleinfuhr	"	S	950	1074	1142	1089	1253	1154	1118	1301	1221	1264	1369	1248	1190	1392
Generalausfuhr	"	"	1396	1361	1599	1596	1514	1400	1280	1456	1468	1552	1426	1469	1397	1479
Goldbestand, gesamt	"	E	21011	20874	20690	20609	20534	20476	20479	20442	20305	20188	19705	19626	19524	19492
Zahlungsmittelumlauf, gesamt	"	"	31371	31245	31366	32036	32193	31125	31129	31250	31349	31638	31914	31898	31973	31836
Bankdebitoren, gesamt ⁴⁾	"	S	185849	195205	212894	183902	238975	221969	195779	223383	226377	216017	228615	235645	208131	215938
Konsumkredite, "	"	"	43238	43144	43164	43464	45065	44415	44071	44203	44916	45790	46716	47256	47910	.
Emissionen, "	"	"	1340	2197	3076	1408	1900	5780	2132	1921	4511	1787	2275	1408	.	.
Neues Kapital ⁵⁾	"	"	563	1144	858	478	914	840	745	631	899	791	874	497	.	.
Aktienkurse (500 Aktien) ⁶⁾	1941/43 = 10	D	47,70	48,96	50,95	52,50	53,49	55,82	54,77	56,15	57,10	57,96	57,46	59,74	59,40	57,05
Kurse festverzinslicher Werte ⁷⁾	vH	"	102,0	98,9	98,6	98,9	98,7	98,1	98,0	98,2	97,0	95,0	94,0	93,8	94,3	93,0
Staatseinnahmen	Mill. \$	S	6280	8119	3446	5979	6848	4956	8152	10722	6375	8155	11137	3936	7418	.
Staatsausgaben	"	"	6198	6633	7144	6237	7080	6776	6331	6461	6427	6164	8633	6557	6305	6400
Großhandelspreise ⁸⁾	1947/49 = 100	D	119,1	119,1	119,0	119,2	119,2	119,5	119,5	119,6	120,0	119,9	119,7	119,5	119,1	119,6
Lebenshaltungskosten ¹⁰⁾	" = 100	M	123,7	123,7	123,7	123,9	123,7	123,8	123,7	123,7	123,9	124,0	124,5	124,9	124,8	125,2
Großbritannien																
Beschäftigte, gesamt ¹⁾	1000	E	23139	23097	23079	23043	22871	22820	22797	22804	22860	22935	23020	23054	23162	.
Registrierte Arbeitslose	"	"	445,6	476,0	513,8	536,0	531,7	620,8	608,7	550,5	530,8	480,5	413,3	394,8	427,0	405,0
Produktion, gesamt ²⁾	1954 = 100	D	90	107	110	114	107	107	110	109	113	111	114	102	98	.
Verarb. Industrie	"	"	90	109	111	115	106	107	110	110	115	113	117	103	98	.
Textilindustrie	"	"	68	89	96	98	83	89	92	84	92	89	94	84	76	.
Außenhandel, Spezialeinfuhr	Mill. £	S	290,3	299,4	313,8	299,7	342,8	319,1	280,7	309,7	334,5	300,7	321,6	343,6	295,9	318,9
Spezialausfuhr	"	"	255,2	237,2	263,2	287,7	265,6	270,0	250,3	270,7	295,6	293,2	251,6	287,8	255,5	246,5
Bank von England, Goldbestand	"	E	3,4	3,4	3,4	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2	2,9	2,9	2,5	2,5	2,5	2,9
Notenumlauf	"	"	2037,2	2017,5	2012,0	2078,5	2134,8	2002,9	2006,1	2072,0	2054,5	2081,8	2123,3	2217,2	2122,1	2104,4
Emissionen, gesamt ¹²⁾	"	"	83,6	.	.	56,8	.	144,6	.	.	.	117,7	.	.	155,1	.
Aktienkurse (Financial Times)	1935 = 100	D	184,5	193,0	205,3	211,8	216,0	219,1	217,0	218,7	224,7	233,3	237,0	236,7	250,4	255,1
Staatseinnahmen	Mill. £	S	512,4	307,0	270,2	474,9	308,8	938,1	777,5	564,6	294,9	490,4	325,4	285,5	522,6	321,1
Staatsausgaben	"	"	490,1	421,5	320,8	457,5	507,0	415,7	409,2	570,9	317,6	430,0	446,0	305,2	508,6	444,6
Großhandelspreise industrieller Güter ¹³⁾	1954 = 100	D	111,1	111,1	111,3	111,5	111,7	111,7	111,7	111,9	111,9	111,3	111,3	111,3	111,4	111,1
Lebenshaltungskosten ¹⁴⁾	17. 1. 1956 = 100	"	108,3	108,4	109,4	109,8	110,2	110,4	110,3	110,3	109,5	109,1	109,3	109,0	109,3	108,7
Frankreich																
Arbeitslose insgesamt	1000	E	76,7	85,6	102,0	117,8	133,7	168,8	179,0	161,3	150,5	136,2	117,0	109,3	110,3	118,0
Produktion ¹⁵⁾	1952 = 100	D	103	150	157	163	159	156	161	158	165	171	169	152	107	.
Außenhandel, Spezialeinfuhr	Mrd. frs.	S	161,9	171,8	188,5	176,4	189,1	192,8	189,1	208,6	227,2	196,7	222,4	200,8	175,1	186,3
Spezialausfuhr	"	"	146,8	157,0	202,9	192,9	223,3	174,6	196,0	213,8	235,6	223,7	241,3	228,2	210,9	218,4
Bank v. Frankreich, Goldbestand	"	E	248	248	248	248	248	248	291	291	291	291	291	291	291	432
Notenumlauf	"	"	3360	3441	3393	3401	3469	3319	3291	3370	3388	3316	3455	3452	3437	3302
Emissionen v. Obligationen	"	S	0	25,4	0,4	0,4	0,1	0	25,0	24,5	32,0	27,7	19,3	1,5	38,3	
Aktienkurse (124 Ind.-Akt.)	31. 12. 58 = 100	D	110,5	111,1	111,0	118,2	127,0	125,4	133,4	137,3	137,0
Kurse festverzinslicher Werte	"	"	99,8	99,4	101,4	102,1	102,2	101,6	103,4	106,4	105,7
Großhandelspreise (319 Waren)	1949 = 100	"	167,3	166,2	166,1	165,8	166,9	175,0	174,1	173,3	172,9	174,3	171,6	172,3	174,4	175,5
Lebenshaltungskost. (Paris, 34W) = 100	1. 7. 56—30. 6. 57 = 100	"	120,1	120,6	121,0	120,7	121,0	124,0	125,7	125,4	125,4	124,6	124,9	125,3	125,9	126,5
Niederlande																
Arbeitslose ¹⁶⁾	1000	E	87,5	81,2	86,9	99,3	134,8	146,3	138,4	106,0	86,9	66,5	65,6	67,9	64,6	62,6
Produktion, arbeitstäglich	1953 = 100	D	121	128	133	134	129	125	129	136	136	148	142	131	128	.
Außenhandel, Spezialeinfuhr	Mill. hfl.	S	1063	1168	1240	1189	1271	1153	1120	1163	1325	1130	1310	1300	1107	.
Spezialausfuhr	"	"	950	1152	1173	1079	1078	1102	907	1073	1108	1089	1135	1058	1003	.
Niederländ. Bank, Goldbestand	"	E	3570	3616	3779	3882	3972	4195	4316	4402	4402	4402	4402	4402	4393	4394
Notenumlauf ¹⁷⁾	"	"	4124	4199	4125	4132	4451	4153	4117	4323	4288	4232	4384	4383	4411	4342
Emissionen ¹⁸⁾	"	S	170,9	100,4	18,8	110,1	275,8	143,8	397,5	69,6	321,5	36,3	48,2	408,1	49,9	64,0
Aktienkurse	1953 = 100	D	205,4	212,9	227,0	240,7	241,0	259,5	260,6	257,5	277,2	290,1	291,9	295,7	313,0	306,5
Großhandelspreise	1948 = 100	"	137	137	139	143	143	143	142	141	140	140	141	141	141	.
Lebenshaltungskosten	1951 = 100	M	120	120	120	121	121	121	122	121	120	121	121	124	126	125
Belgien																
Arbeitslose ¹⁹⁾	1000	D	146	153	168	196	253	317	336	236	205	178	165	152	146	151
Produktion, gesamt	1953 = 100	"	106,9	118,1	119,0	116,2	115,7	113,6	113,1	118,4	119,6	119,3	120,7	.	.	.
Außenhandel, Spezialeinfuhr	Mill. bfrs.	S	11416	13246	14259	12854	13681	13272	12522	14992	13934	12790	14817	13206	12791	.
Spezialausfuhr	"	"	10267	13050	13755	12487	13168	13232	11246	12824	14462	12511	13523	14697	11460	14579
National Bank, Goldbestand	"	E	60625	61548	62532	63487	63487	62398	61384	62300	63251	64462	63482	63994	63755	63007
Notenumlauf	"	"	114977													

